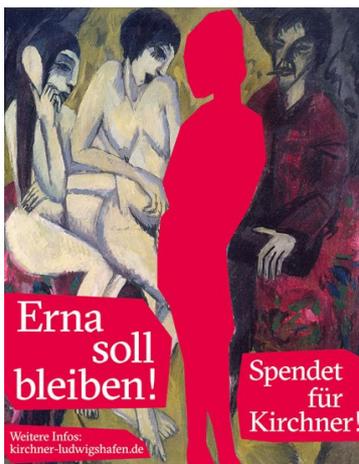


Ein großer Schritt für „Erna“

Der Kauf des Gemäldes „Urteil des Paris/Badende auf Fehmarn“ von Ernst-Ludwig Kirchner durch die Stadt Ludwigshafen hat eine entscheidende Hürde genommen. Dank einer konzertierten Aktion von Politik, Kulturschaffenden und vor allem gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern ist es gelungen, 84 Prozent der Kaufsumme durch Spenden aufzubringen. Eine Zwischenfinanzierung des ausstehenden Betrags der Ernst von Siemens Stiftung macht es nun möglich, den Kauf in die Wege zu leiten.



Ich bin sehr froh, dass wir alle gemeinsam sicherstellen konnten, dass dieses außergewöhnliche Kunstwerk weiterhin im Wilhelm-Hack-Museum in Ludwigshafen zu sehen sein wird. Gerne habe ich mich bei Kulturstaatsministerin Prof. Monika Grütters für die finanzielle Unterstützung des Bundes eingesetzt. Ich werde die Kampagne „Erna soll bleiben“ weiterhin unterstützen. Denn Erna ist es wert – ihr Platz ist in Ludwigshafen.

An der Finanzierung des Kaufpreises für das Gemälde beteiligen sich Stiftungen, Privatpersonen, öffentliche Körperschaften und Unternehmen, darunter in besonderem Maße die Kulturstiftung der Länder, die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, die Ernst von Siemens Kunststiftung und die Dr. Harald Hack Stiftung sowie das Land Rheinland-Pfalz. Der Stadtrat hat 300.000 Euro als Eigenanteil für den Ankauf des Gemäldes bereitgestellt. Allen Spendern und den Organisatoren verschiedenster Benefizaktionen gilt mein größter Dank.

Nun muss die verbliebene Summe, welche die Ernst von Siemens Stiftung bisher ausgleicht, aufgebracht werden. Dazu wird es weitere Spendenaktionen geben. Die Resonanz bei den Bürgerinnen und Bürgern hat gezeigt, dass die Menschen in Ludwigshafen sich für den Erhalt kultureller Werte stark machen. Mit diesem Rückenwind wird es bestimmt gelingen, die restliche Summe aufzubringen. (Bildquelle: Stadt LU)

Ihr Kontakt zu Maria Böhmer

Wahlkreis:
Bürgerbüro Ludwigshafen
Benckiserstraße 26
67059 Ludwigshafen
Tel.: 0621 / 6299 604
Fax: 0621 / 6299 605
maria.boehmer@wk.bundestag.de

Berlin:
Bundestagsbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 - 77575
Fax: 030 / 227 - 76575
maria.boehmer@bundestag.de

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe CDU-Freunde,

seit Wochen gehen die Zahlen der Flüchtlinge zurück. Zugleich hat die Bundesregierung Regelungen geschaffen, wer bleiben darf und wer unser Land wieder verlassen muss. Das Abkommen mit der Türkei hat Wirkung gezeigt und den Schleusern wird vermehrt das Handwerk gelegt, wie die jüngsten Gerichtsurteile in Deutschland zeigen. Für unser Land sind das gute Entwicklungen, die uns jedoch nicht vergessen lassen sollten, wie schrecklich die Situation der Menschen in den Kriegs- und Krisengebieten dieser Welt ist. Wer vor Bedrohung an Leib und Leben geflohen ist, darf deshalb sicher sein, dass er bei uns Schutz findet. Deutschland hat bewiesen, dass es ein starkes Land ist, das diese Herausforderungen bewältigen kann.

Doch eines ist auch deutlich geworden: Ohne ehrenamtliches Engagement geht es nicht. Das gilt in der Flüchtlingshilfe, aber auch in vielen anderen Bereichen: Feuerwehr, Kirche, Sport und Musik, die Unterstützung von Kindern und Senioren, das Gestalten des gesellschaftlichen Zusammenlebens in Vereinen und Initiativen. Meine diesjährige Sommertour habe ich deshalb dem Ehrenamt gewidmet. Vom 16. bis 21. August treffe ich in Ludwigshafen, Frankenthal und dem Rhein-Pfalz-Kreis ehrenamtlich Aktive und informiere mich über ihre Projekte. In Kürze sende ich Ihnen die Termine und ich freue mich auf ein Wiedersehen.

Elise

Maria Böhmer

Besuch aus Argentinien



Die Beziehungen zur neuen Regierung Argentiniens entwickeln sich sehr gut. In dieser Woche empfing Bundespräsident Joachim Gauck den argentinischen Staatspräsidenten Macri. In einem gemeinsamen Gespräch erörterten wir die politische Lage in Argentinien. Zu meiner großen Freude traf ich auch die deutschstämmige argentinische Abgeordnete Cornelia Schmidt-Liermann wieder. Wir lernten uns bereits im Februar bei meinem Besuch in Argentinien kennen. In Berlin fanden wir Zeit, um über erneuerbare Energien und das duale Ausbildungssystem zu sprechen. (Bildquelle: Bundesregierung-Bergmann)

Sieben lokale Unternehmen unter den Top-20-Arbeitgebern

Wir leben in einer facettenreichen Wirtschaftsregion. Die IHK Pfalz zeigt in ihrer Liste der „Top-Arbeitgeber in der Pfalz“ die große Vielfalt beschäftigungsstarker Betriebe. Dabei können wir stolz sein, dass sieben Unternehmen in den Top-20 aus der Region Ludwigshafen/Frankenthal kommen. Die BASF SE führt die Liste an, aber auch ein Handwerksbetrieb, die „Bäcker Görtz GmbH“, darf sich zu den Top-Arbeitgebern zählen. Die Aufstellung zeigt, dass wir in der Region wirtschaftlich bestens aufgestellt sind. Dies ist nicht zuletzt die Leistung von motivierten und gut qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Integration wird Gesetz

Das neue Integrationsgesetz wurde im Deutschen Bundestag verabschiedet. Es wird den Gedanken des „Fördern und Forderns“ auf die Integration anerkannter Asylbewerber und Menschen mit guter Bleibeperspektive anwenden. Wir wollen Flüchtlingen den Zugang zu Integrationskursen, Ausbildung und Arbeit erleichtern. Förderangebote und Pflichten werden genau definiert und rechtliche Konsequenzen für fehlende Integrationsbemühungen eindeutig geregelt. Wer sich nicht an die Regeln hält, muss mit Leistungskürzungen rechnen, wer sich anstrengt, soll etwas davon haben. Zugleich sollen die Asylverfahren weiter beschleunigt werden. Mit der Regelung einer befristeten Wohnortzuweisung versetzen wir Länder und Kommunen in die Lage, die Konzentration von Schutzberechtigten in Ballungsräumen zu verhindern und die Integrationskraft der kleinen Orte, dort wo sich die Menschen kennen und helfen, zu nutzen. Mit diesem Gesetz gehen wir den entscheidenden Schritt hin zu geregelter Integration in unsere Gesellschaft und den Arbeitsmarkt.

Besuchen Sie mich auf
www.maria-boehmer.de

„Nein-heißt-Nein“

Die Frauen Union hat Druck gemacht und war erfolgreich! In dieser Woche haben wir im Bundestag das Sexualstrafrecht konkret verschärft. Gemeinsam mit den Frauen aus der SPD haben wir uns auf einen wesentlichen Paradigmenwechsel im Sexualstrafrecht geeinigt. Die Verabschiedung des Gesetzes mit einem Änderungsantrag zeigt die Tatkraft der Koalitionsfrauen. In der Frauen Union sind wir stolz darauf, dass unsere Forderungen zum Schutz der sexuellen Selbstbestimmung von Frauen im Gesetz verwirklicht wurden. Von nun an gilt:

- Mit der Einführung des Grundtatbestandes nach dem Grundsatz „Nein heißt Nein“ muss der Täter den Willen des Opfers fortan nicht mehr überwinden, sondern es reicht, wenn der Täter sich über den erkennbaren Willen des Opfers hinwegsetzt. Eine Gewaltanwendung des Täters muss nicht hinzutreten, wie das noch der geltende Vergewaltigungsparagraf unter anderem voraussetzt.
- Wir schaffen mit dem Straftatbestand der „sexuellen Belästigung“ eine Handhabe, um das sogenannte „Grapschen“ angemessen zu ahnden.
- Außerdem einigten wir uns auf einen Tatbestand, der Straftaten aus Gruppen erfasst. Jeder, der andere aus einer solchen Gruppe heraus bedrängt, wird in Zukunft zur Verantwortung gezogen.

Mit den neuen strafrechtlichen Regelungen geben wir die richtigen Antworten auf die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln und an anderen Orten in unserem Land, bei denen Frauen Opfer sexueller Übergriffe wurden. (Bildquelle: fotolia.com-Thomas Reimer)

